

nachrichten

Welle der Gewalt im Süden reißt nicht ab

Der thailändischen Regierung ist es bis dato nicht gelungen, die Gewaltfälle in den südlichen Provinzen unter Kontrolle zu bringen. Allein an einem Aprilwochenende erschütterten zwei Anschläge die Region. Am 26. April 2003 waren im Bezirk Rangae der Provinz Narathiwat zwei Grenzpolizisten von einer wütenden Menge zu Tode geprügelt worden. Zwei Tage später überfiel eine Gruppe zwei Militärbasen in den Provinzen Narathiwat und Yala und stahlen mindestens 30 Maschinengewehre. Fünf Soldaten kamen bei den Attacken ums Leben.

Die thailändischen Behörden haben in beiden Fällen bereits mehrere Verdächtige, meist ehemalige, muslimische Militärangehörige und Bandenchefs, festgenommen. Staatschef Thaksin Shinawatra vermutet malaysische Milizen hinter den jüngsten Anschlag auf die Militäreinrichtungen. »Für eine finanzielle Gegenleistung aus Ländern des Mittleren Ostens sollen sie Chaos stiften«, sagte Thaksin.

Beobachter mutmaßen über einen religiösen Hintergrund der anhaltenden Gewalttaten der mehrheitlich von Muslimen bewohnten Südprovinzen. Lokale Beamte dagegen verweisen auf rein kriminelle Motive im Bereich des Drogengeschäfts.

vgl. BP, 29.4., 4.5., 5.5.2003, The Nation, 1.5., 3.5.2003; BBC News, 28.4.2003

Medien nur noch »teilweise frei«

Die Organisation Freedom House hat in ihrem am 30. April 2003 veröffentlichten Jahresbericht 2002 den Status des thailändischen Mediensystems von »frei« auf »teilweise frei (36 Punkte)« herabgestuft. Die Analysen und Skalen der in den USA angesiedelten, unabhängigen Organisationen gelten als international anerkannte Richtschnur für einen messbaren Grad an Freiheit und Demokratie weltweit.

Als Begründung für den Statuswechsel nennt der Bericht »zunehmenden Druck von offizieller Seite auf lokale und internationale Medien über das Jahr verteilt«. Freedom House verweist auf die Verhaftung von Journalisten des Far Eastern Economic Review und des Economist, sowie auf Berichte der thailändischen Journalistenvereinigung. Laut derer seien zwei Herausgeber aufgrund kritischer Berichte, zur Kündigung gezwungen und die Radioprogramme einer unabhängigen Mediengruppe verboten worden.

Die Einschätzung von Freedom House bestätigt die Mei-

nung thailändischer Journalisten und Medienbeobachter. Aus Anlass des Tags der Pressefreiheit am 3. Mai veröffentlichten zwei thailändische Journalistenvereinigungen eine Stellungnahme, in der sie der Regierung »Behinderung bei der Informationssammlung und Meinungsäußerung« vorwerfen. Des Weiteren verweist sie auf das restriktive gesetzliche Umfeld der Medien. Laut Verfassung kann die Regierung die Pressefreiheit einschränken, um die nationale Sicherheit oder die öffentliche Ordnung zu wahren. Forderungen nach einer Abschaffung des 1941 verabschiedeten Printing Act, nach dem der Staat Medienorganisationen schließen kann, hat die thailändische Regierung bislang ignoriert. Zudem sind die meisten Radio- und Fernsehstationen in der Hand der Regierung oder des Militärs. Nach Ansicht von Ubolrat Siriyuwak, Professor der Kommunikationswissenschaft an der Universität Chulalongkorn, hat dies zu einer komplexeren und indirekteren Form von Ein-

flussnahme geführt: »Politiker versuchen, die Medien durch wirtschaftliche Maßnahmen zu kontrollieren, dies umfasst den Kauf von Werbung und Aktienanteilen an den Medienunternehmen«, so Ubolrat.

Die als liberal geltende thailändische Zeitung The Nation schreibt in ihrem Editorial vom 3. Mai: »Es ist an der Zeit für Ministerpräsident Thaksin Shinawatra, seine wahren Absichten bezüglich der Medien offen zu legen. Seine Vorgänger haben sich alle zur Pressefreiheit bekannt. Vielleicht denkt Thaksin, dass er das nicht muss, schließlich kontrolliert er nahezu jeden Sektor der thailändischen Gesellschaft (...). Die thailändischen Medien müssen weiterkämpfen und den öffentlichen Erwartungen gerecht werden. Ansonsten haben sie ihr Ende verdient.«

vgl. The Nation, 3.5.2003; BP, 4.5.2003

Grenzübergang zu Kambodscha wieder geöffnet

Am 21. März 2003 haben sich Thailand und Kambodscha auf die vollständige Wiederöffnung ihrer Grenze geeinigt. Die thailändische Regierung hatte seine Grenzübergänge nach den Ausschreitungen gegen thailändische Einrichtungen in Phnom Penh am 29. Januar (siehe südostasien 1/2003) geschlossen. Eine zwischenzeitliche Teilöffnung von Seiten der thailändischen Regierung für den Kauf von Lebensmitteln und Öl durch kambodschanische Bürger in Thailand hatte der kambodschanische Ministerpräsident Hun Sen seinerseits mit einer vollständigen Schließung am 5. März beantwortet.

In Gesprächen zwischen dem thailändischen Außenmi-

nister Surakiart Sathirathai und dem kambodschanischen Minister Sok An erklärte sich die Regierung in Phnom Penh dazu bereit, Schadensersatz für mindestens einen der 16 geschädigten thailändischen Geschäftsleute zu leisten. Damit erfüllte Kambodscha die letzte von drei Forderungen, die Bangkoks Regierung als Bedingungen für eine Grenz wiedereröffnung genannt hatte. Die zwei anderen Bedingungen umfassten Kompensationszahlungen in Höhe von 252 Millionen Baht an die thailändische Botschaft in Phnom Penh sowie eine öffentliche Erklärung Kambodschas gegenüber seinem Volk, dass die Erklärung der thailändischen Schauspielerin, Angkor Wat gehöre zu Thailand, erfunden

worden sei. Diese Bemerkung hatte damals die Unruhen in Phnom Penh veranlasst.

Die vollständige Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern werde allerdings noch einige Zeit in Anspruch nehmen, so der thailändische Außenminister. Man wolle zuerst sicher sein, dass keinerlei Sicherheitsbedenken für thailändische Bürger in Kambodscha bestehen.

vgl. BBC News, 21.3.2003; BP, 22.3.2003

SARS-Gipfel in Bangkok

Zur Koordinierung des gemeinsamen Vorgehens gegen die schwere Lungenkrankheit SARS haben sich China und die zehn ASEAN-Staaten am 29. April 2003 in Bangkok getroffen. Auf Initiative Chinas beschlossen die Länder die Einrichtung eines speziellen Fonds zur Bekämpfung von SARS. China selbst will 1,2 Millionen US-Dollar in den Fond investieren, auch Thailand und Kambodscha wollen sich mit je 250.000 bzw. 100.000 US-Dollar beteiligen. Des Weiteren wurde ein zehnpunkte-Plan zur Überwachung und Erforschung der Lungenkrankheit verabschiedet, welcher unter anderem die Einrichtung eines regionalen Informationsnetzwerkes umfasst.

Beijings neuer Ministerpräsident Wen Jiabao lobte die Unterstützung und das Verständnis der ASEAN-Staaten und versprach eine offene und engagierte Politik zur Eindämmung von SARS. Thailands Staatschef Thaksin Shinawatra verteidigte die Reisewarnung der WHO bezüglich asiatischer Regionen und plädierte für eine aktive Informationspolitik der Regierungen. »Die Angst vor SARS ist schlimmer als die Krankheit selbst, deshalb müssen wir das öffentliche Bewusstsein schärfen«, so Thaksin.

Bangkok selbst hat seit Mitte März zahlreiche Vorkehrungen zur Kontrolle und Überwachung der Lungenkrankheit eingeleitet. Unter anderem müssen sich Reisende aus fünf SARS-infizierten Regionen (China, Taiwan, Hongkong, Vietnam und Singapur) bei ihrer Ankunft einer Gesundheitsuntersuchung unterziehen.

Bis Anfang Mai sind in Thailand sieben Fälle von SARS aufgetreten; fünf Menschen haben sich wieder erholt, während zwei an der Krankheit gestorben sind.

vgl. *The Nation*, 19.3., 30.4.2003;
IHT, 30.4.2003; *Asia Times*,
1.5.2003

Beziehungen zu USA

Auf Einladung des US-ASEAN Business Council wird Staatschef Thaksin Shinawatra im Juni in die USA reisen. Im Mittelpunkt des Arbeitsbesuches steht das jährliche Treffen der Asia Pacific Economic Cooperation (APEC)-Mitglieder diesen Oktober in Bangkok. Ein offizieller Empfang wird Thaksin dabei nicht zuteil werden, über ein Treffen mit George W. Bush muss ebenfalls noch verhandelt werden, so der thailändische Außenminister Surakiart Sathirathai. Er wies Gerüchte zurück, nach denen die USA Thailand diplomatisch abtadeln wollen. »Thailand ist immer zu Treffen bezüglich des Wiederaufbaus des Iraks eingeladen worden, anders als andere Länder«, sagte der Minister. Thailand hat bis dato Medikamente und Lebensmittel, speziell für die muslimische Bevölkerung, im Wert von rund zehn Millionen Baht in den Irak geschickt. Die Regierung hatte sich zuvor für eine Lösung des Konflikts im Rahmen der UN ausgesprochen. Auch im ersten Golfkrieg hatte Thailand die US-Invasion nicht unterstützt.

Im Zuge des Wiederaufbaus des Irak hat die thailän-

dische Regierung Lobbyisten in Washington platziert, um sich lukrative Aufträge zu sichern. Außenminister Surakiart ließ mehrmals verlauten, dass Hoffnung auf Beteiligung an einzelnen Geschäften bestehe. Am 29. April zitierte das Asian Wall Street Journal einen nicht namentlich erwähnten US-Botschafter in Asien mit der Aussage, dass die USA über eine »Bestrafung« Thailands für eine mangelnde öffentliche Unterstützung in puncto des Irak-Kriegs nachdenke. Der US-Botschafter in Bangkok, Daryl Johnston, erklärte am 30. April, es würden Pläne für ein Zusammentreffen der beiden Staatschefs Thaksin und Bush gemacht. Die thailändische Zeitung *The Nation* erklärt den neutralen Standpunkt Thailands bezüglich des Irak-Kriegs mit der großen muslimischen Bevölkerung im Süden des Landes, zahlreicher thailändischer Arbeiter im Nahen Osten und mit der Notwendigkeit einer eigenen unabhängigen Position von Thailand als ein souveränes und demokratisches Land.

vgl. *The Nation*, 18.4., 22.4., 30.4.,
1.5., 5.5.2003

Drogen-Kampagne beendet

Als einen »Erfolg« hat Ministerpräsident Thaksin Shinawatra die nationale Anti-Drogenkampagne bezeichnet, die am 1. Mai 2003 beendet wurde. Rund 95 Prozent der Probleme aus Drogenhandel und -konsum seien nun bereits gelöst, so der thailändische Staatschef. Nach offiziellen Angaben sind über 16.000 Drogendealer verhaftet und 15,5 Millionen »Speed«-Pillen beschlagnahmt worden. Rund 280.000 kleinere Schieber und Konsumenten haben sich an die Behörden ausgeliefert, sagte der Vize-Direktor der Kontrollbehörde für Narkotika, Chatchai Suthiklom.

Während der dreimonatigen Aktionen gegen Drogen sind 2.274 Menschen ums Leben gekommen. Nach offiziellen Angaben hat die thailändische Polizei 42 Verdächtige »in Notwehr« erschossen, alle an

deren Opfer seien die Folge von Schießereien zwischen Drogengangs. Die thailändische Regierung war aufgrund des harten Vorgehens der beteiligten Polizeibeamten wiederholt von nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen kritisiert worden. Diese haben den Verantwortlichen in Bangkok vorgeworfen, mit einer Soll-Quote Druck auf die Polizisten ausgeübt und somit Lynchjustiz bewusst gefördert bzw. in Kauf genommen zu haben.

Bis zum 2. Dezember soll Thailand vollständig drogenfrei sein. Deshalb werden nun verstärkt Helfershelfer und Profiteure des Drogengeschäfts – bewaffnete Leibwächter und Schmuggler – ins Visier genommen, so Thaksin.

vgl. *BP*, 1.5.2003; *FEER*, 6.3.,
8.5.2003; *BBC News*, 25.2., 4.3.,
13.3., 17.4., 1.5.2003

nachrichten

Halbzeit für die Regierung Thaksin

Nach der Hälfte seiner vierjährigen Regierungszeit liegt Thaksin Shinawatra in der Gunst der thailändischen Bevölkerung vorn. Nach jüngsten Umfragen liegt seine Partei Thai Rak Thai (Thais lieben Thais) mit 54 Prozent weit vor der demokratischen Partei mit 14 Prozent. Trotz mehrmaliger Kabinettsumbildungen, politischer Unterstützung des Familiengeschäfts und internationaler Kritik in Bezug auf Finanz- und Medienpolitik scheint der Ruf des Ministerpräsidenten unter den Thailändern keinen großen Schaden genommen zu haben. Viele rechnen ihm die Umsetzung seiner sehr konkret formulierten Wahlversprechen, welche insbesondere auf eine Verbesserung des Lebens der ländlichen Bevölkerung abzielten, hoch an. Zudem hat Thaksin jüngst zwei weitere konkrete Maßnahmen, die Senkung der Benzinpreise sowie den Bau von rund eine Millionen billiger Häuser, angekündigt. Auch die Erholung der thailändischen Wirtschaft, welche im letzten Jahr um 5,2 Prozent gewachsen ist, rechnet man auf das Konto des Staatschefs. Thaksin hat sich für die Zukunft allerdings einige ehrgeizige Ziele gesetzt: So will er Drogen innerhalb eines Jahres und Armut innerhalb von sechs Jahren abschaffen. Ob er dies realisieren kann und wie sich eine mögliche Nichterfüllung auf die Wählergunst auswirkt, bleibt zu beobachten.

vgl. *Economist*, 1.5.2003; *FEER*,
26.2.2003